



← zurück zu: **Textarchiv**

Dokumente

Zupke: Geschichte der mosambikanischen Vertragsarbeiter ist auch unsere Geschichte

Sehr schnell, möglichst im Lauf dieser Wahlperiode, müssten die **ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter in der DDR** eine Würdigung ihres Einsatzes erfahren sowie Entschädigungs- und Rentenzahlungen erhalten, waren sich Betroffene, Experten und Politiker in einem **öffentlichen Fachgespräch** mit der **SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke**, am **Donnerstag, 19. Januar 2023**, einig.

Viele der etwa 17.000 von 1979 bis 1989 in der DDR tätigen sogenannten Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter seien bereits verstorben, doch Tausende von ihnen würden bis heute auf die ihnen damals zugesagten Leistungen warten und um Anerkennung ringen.

Das Schicksal der mosambikanischen Vertragsarbeiter

Der SED-Staat habe diese Menschen bewusst getäuscht, ihnen Rechte genommen und sie ausgebeutet, sagte Zupke. Deutschland stehe auch nach der Wiedervereinigung in der Verantwortung. Das Schicksal der Arbeiter aus Mosambik müsse in unserer Erinnerungskultur sichtbar werden.

„Die Geschichte der mosambikanischen Vertragsarbeiter ist auch unsere Geschichte.“ Zudem dürfe man jenseits der Fragen der zwischenstaatlichen Beziehungen nicht den einzelnen Betroffenen aus dem Blick verlieren. „Was hilft eine Unterstützung, die die Betroffenen nicht erreicht hat, sondern zu großen Teilen im Sumpf eines korrupten Staates versickert ist?“

Jenseits von rechtlichen und finanziellen Fragen

Das Schicksal der mosambikanischen Vertragsarbeiter sei die Geschichte einer vergessenen Opfergruppe, sagte **Markus Meckel, Vorsitzender des Stiftungsrates der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur**. Zum DDR-Unrecht seien Fehler im deutschen Einigungsprozesses gekommen. In der Schnelle des Einigungsprozesses

habe man Dinge, die man zugesagt hatte, nicht mehr sauber und vollständig umsetzen können.

Das Thema habe nun, nach 33 Jahren, eine hohe Dringlichkeit. Jenseits von rechtlichen und finanziellen Fragen habe Deutschland eine moralische Verantwortung. Er hoffe, dass das jetzt vom Parlament aufgegriffen werde. Es gelte Entschädigungen für entgangene Lohnzahlungen zu leisten, Rentenansprüche zu prüfen, aber auch darum, diesen Teil der deutschen Geschichte stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Eine Stiftung könne geschaffen, ein Härtefallfonds eingerichtet werden. Die Befassung mit der Geschichte der mosambikanischen Vertragsarbeiter solle aber auch in die Zukunft gerichtet geschehen, die nachfolgenden Generationen im Blick behalten und die Beziehungen zwischen Deutschland und Mosambik intensivieren.

Zeitzeuge: Erst jetzt erfahren wir Aufmerksamkeit

Er sei nun 61 Jahre alt, sagte **Adelino Massuvira, ehemaliger Vertragsarbeiter in der DDR**, viele seiner Landsleute würden nicht mehr leben. Es gehe darum, den Verblieben, aber auch den Hinterbliebenen, nun rasch zu helfen. „Lassen Sie nicht zu, dass sich das Problem auf biologische Weise löst.“ Die systematisch um ihre Rechte gebrachten Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter seien auch ein Menschenrechtsthema. In der DDR hätten die Vertragsarbeiter keine Lobby gehabt. Die Gewerkschaft habe sich nicht gekümmert, ob Löhne ausgezahlt wurden, und auch nicht darum, wohin die Gelder aus Deutschland gingen. Rückkehrer hätten in Mosambik keine Wiedereingliederung erfahren, sondern seien auf Ablehnung und Verachtung gestoßen. Sie hatten nichts in der Hand, ihre Arbeitszeugnisse seien ihnen abgenommen worden, berichtete Massuvira.

„Erst jetzt erfahren wir Aufmerksamkeit, von der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland über die Stiftung Aufarbeitung bis hin zum persönlichen Einsatz Einzelner.“ Die Bundesregierung habe die Angelegenheit bislang als abgeschlossen betrachtet und als innere Angelegenheit Mosambiks. „Aber das Versprechen, dass die ehemaligen Vertragsarbeiter ihr Geld ausgezahlt bekommen, ist nicht vollumfänglich geschehen.“ Deutschland habe Geld an eine korrupte Regierung überwiesen. Das Thema müsse nun politisch aufgearbeitet werden. Über Entschädigungszahlungen und einen Hilfsfonds hinaus müsse es darum gehen, das getrübt Image der ehemaligen Vertragsarbeiter zu verbessern, ihre Leistungen zu würdigen, und in einem nachhaltigen Programm in den Austausch zwischen Deutschland und Mosambik zu investieren, von Studienplatzzusagen bis zum Tourismus.

„Keine Erwähnung im Einigungsvertrag“

Die **Soziologin Uta Rüchel** skizzierte die Hintergründe des Vertragsarbeiter-Deals zwischen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Mosambik. Im am 24. Februar 1979 unterzeichneten Abkommen sei der Einsatz der Arbeitskräfte aus dem südafrikanischen Land vereinbart worden. Darin wurde festgehalten, einen Teil des Arbeitslohns zur Schuldentilgung Mosambiks bei der DDR einzubehalten. Den Arbeitskräften aber sei zugesagt worden, dass sie die nicht ausgezahlte Differenz zum vereinbarten Lohn nach ihrer Rückkehr bekommen würden.

17.000 Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter waren zwischen 1979 und 1989 in 245 Betrieben der DDR beschäftigt. Bis 1995 habe so die Verschuldung der Republik Mosambik gegenüber der DDR abgebaut werden sollen. Über diese Hintergründe seien die Vertragsarbeiter jedoch nicht unterrichtet und somit vorsätzlich getäuscht worden. In der Zeit der Wende und Wiedervereinigung seien die DDR und ihre Handlungsträger nur noch eingeschränkt handlungsfähig gewesen, viele Fragen seien offen geblieben. Im Einigungsvertrag hätten die Vertragsarbeiter keine Erwähnung gefunden.

Rund 2.000 ehemalige Vertragsarbeiter plus deren Nachkommen lebten heute noch in Deutschland. Alle anderen seien nach Mosambik zurückgekehrt und hätten dort Ausgrenzung und Diskriminierung erlebt. Die Auszahlung der einbehaltenen Lohnanteile sei nicht transparent und nachvollziehbar erfolgt und bedürfe ebenso wie die Frage von Rentenansprüchen der Aufklärung, sagte Rüchel, ebenso wie der Verbleib der 1992 von Deutschland im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit an Mosambik gezahlten 75 Millionen D-Mark. Der Fall des Abkommens von 1979 sei nicht abgeschlossen und auch keine inner-mosambikanische Angelegenheit. (II/19.01.2023)

← zurück zu: **Textarchiv**